

# Islamisierung Europas (D. Auerbach)

## Unverändert: Die Gefahr der Islamisierung Europas

12.01.2020

von Doris Auerbach

Niemand Geringeres als Gérard Collomb, der unter Macron bis Oktober 2018 das Amt des Innenministers bekleidete, warnt vor einer fortschreitenden Islamisierung Europas. Diese könnte dem erfahrenen Politiker zufolge, der nicht etwa ein »Rechter«, sondern ein Sozialist ist, schneller von-statten gehen als bislang vorausberechnet. Zuvor war Collomb Bürgermeister der drittgrössten französischen Stadt, von Lyon. Er warnt eindringlich: »Der Islam wird innerhalb der nächsten fünf Jahre Europa übernehmen«.

Mit dieser Einschätzung sorgt er für Aufregung. Dies berichtete die Nachrichtenplattform ›kath.net‹ bereits letzten Dezember, wobei sie sich auf das englischsprachige Magazin ›lifeSiteNews‹, das den Ex-Innenminister interviewte, berief. In diesem Gespräch warnte der Franzose davon, dass die Situation einer Islamisierung irreversibel werden könnte. Zu erkennen sei diese bereits an einer steigenden Gewaltbereitschaft muslimischer Migranten im Alltag. Auch in anderen europäischen Staaten sei dieser Trend verstärkt zu beobachten.

Collomb sprach von einem fortschreitenden Prozess. Als Beispiel für die gestiegene Gewaltbereitschaft nannte er die Zahl von 235.000 Anzeigen, die 2018 wegen versuchter Vergewaltigung in Frankreich eingereicht wurden. Dies seien 62.000 mehr als zwei Jahre zuvor, und 225.000 mehr als im Jahr 2005. Auch die Angriffe von Muslimen auf Nichtmuslime hätten in erschreckendem Masse zugenommen. »2018 gab es auch 1000 Angriffe auf Christen und 541 antisemitische Vorfälle, ein Anstieg um 64 % innerhalb eines Jahres«, zitiert ›kath.net‹ aus dem Interview.

In dem Artikel von ›lifeSiteNews‹ erfährt man auch viel über die Blindheit und die doppelte Moral der linksintellektuellen Eliten Frankreichs, die zu diesem Übergriffen schweigen, die Islamisten nicht kritisieren, aber dafür gegen die angebliche Islamophobie zu Felde ziehen. Da heisst es sinngemäss:

Die französische Linke hat es geschafft, die Wahrnehmung zu erzeugen, dass die Nation durch eine Welle der Islamfeindlichkeit gefährdet ist. Als Beispiel nannte Collomb eine Grossdemo am 10. November 2019. An diesem Tag hatte eine Koalition linker Gruppen in Paris einen 13.000 Mann starken Marsch gegen Islamfeindlichkeit organisiert.

Was wohl am meisten überrascht: Die Sätze und Worte des sozialistischen Ex-Innenministers erfüllen in Teilen nicht nur in Deutschland den fast ausgedehnten Tatbestand der Volksverhetzung; dass man nirgendwo in der gleichgeschalteten Regimepresse ein Sterbenswörtchen darüber lesen kann, verwundert nicht.

Die nachfolgenden Zahlen dürften die Sicht von Collomb durchaus stützen: Statistisch gesehen haben die Franzosen im Schnitt 1,8 Kinder, die Moslems hingegen 8.1. In Südfrankreich gibt es bereits mehr Moscheen als Kirchen. Berechnungen zufolge könnte Frankreich in rund 40 Jahren eine islamische Republik sein. Sowohl in den Niederlanden als auch in Belgien sind schon heute 50 % aller Neugeborenen moslemisch. Deutschland könnte 2050 zu einem moslemischen Staat werden, denn die Abnahme der deutschen Bevölkerung kann kaum mehr gestoppt werden, wie dies auch die Regierung in Berlin publizierte. Sie scheint unumkehrbar. Wie die katholische Kirche ferner berichtet, hat die Anzahl der Muslime die der katholischen Kirchenmitglieder erstmals übertroffen.

Wie die ›BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA‹ jetzt erklärt hat, ist die Bedrohung durch die vom politischen Islam ausgehende Gewalt an der deutschen Zivilbevölkerung – der hiervon ausgehende Terrorismus eingeschlossen – so gross wie nie zuvor in der Geschichte Deutschlands. Die ›BPE‹ hat sich daher mit einem Forderungskatalog an die mehr als 700 Bundestagsabgeordneten gewendet; es sind insgesamt 709 offene Briefe an den Berliner Reichstag geschickt worden. Der Inhalt: Der ›BPE‹-Forderungskatalog zum politischen Islam, einschliesslich der ›BPE‹-Faltblätter ›Brennpunkt Islamismus‹ und ›Brennpunkt Politischer Islam‹. Dringend notwendig sei eine sachlich geführte öffentliche Debatte über die wahren Ursachen der von moslemischen Fundamentalisten gegen die deutsche Zivilbevölkerung ausgeübten Gewalt.

Pauschale, stereotypartig getroffene Aussagen weitere Teile der Politik wie

- Das hat nichts mit dem Islam zu tun
- Islam bedeutet Frieden
- Die Gewalt / der Terror wurde unter Missbrauch des Islams ausgeübt
- Es handelt sich um allgemeinen / internationalen Terrorismus
- Es handelt sich um einen psychisch gestörten Einzeltäter etc.

als Reaktion auf die djihadistische Gewalt sind eine gefährliche Irreführung der Bevölkerung und müssen endlich der Vergangenheit angehören. Anstelle derselben, führt die ›BPE‹ aus, haben die Bundestagsabgeordneten endlich die in diesem Zusammenhang stehenden unbequemen Wahrheiten auszusprechen, denen effektive politische Massnahmen zur Begegnung von Gewalt und Terror aus Motiven des politischen Islams folgen müssen. Das sind sie dem deutschen Volk schuldig, so wie es auch der Schriftzug über dem Reichstag ausdrückt. Der Forderungskatalog der ›BPE‹ wird hierzu den Druck weiter erhöhen, damit in Zukunft Freiheit und Sicherheit in unserem Land gewährleistet sind.

Seit dem Jahr 2015 erfolgt im Zuge einer faktischen Aussetzung der Grenzkontrollen und der Grenzsicherung eine bis heute anhaltende massenhafte Einreise und Einwanderung von Anhängern des politischen Islams nach Deutschland. Die Massenzuwanderung von islamisch sozialisierten Menschen aus fundamental-islamischen Ländern hat sich dabei mit rasanter Geschwindigkeit zu einem in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beispiellosen Sicherheitsrisiko für die deutsche Bevölkerung entwickelt. Die Bedrohung durch Gewalt und Terrorismus ist so gross wie noch nie zuvor in der Geschichte des Landes.

Djihadistische Organisationen und Islamverbände dürfen nicht länger unter Missbrauch der Religionsfreiheit von weiten Teilen der deutschen Politik geschützt und gefördert werden. Im Gegenteil: Ihrem Wirken und ihrer Einflussnahme auf moslemische Bürger muss mit aller Entschiedenheit im Sinne einer wehrhaften Demokratie begegnet werden. Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über djihadistische Organisationen, Islamverbände und Moscheevereine müssen von der Politik endlich ernstgenommen werden und zu konsequentem Handeln veranlassen. Es müssen von der deutschen Politik endlich effektive Massnahmen gegen den politischen Islam und die von ihm ausgehende Gewalt und terroristische Bedrohung ergriffen werden, um ein Leben der Menschen in Deutschland in Frieden, Freiheit und Sicherheit wieder herzustellen und ein solches für nachfolgende Generationen sicherzustellen.

Die 15 Forderungen aus dem Brief an die Bundestagsabgeordneten:

Wir von der ›BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA‹ appellieren mit unserem beiliegenden Forderungskatalog an Sie als politischen Entscheidungsträger im Deutschen Bundestag, endlich die notwendigen politischen Massnahmen zur entschiedenen Begegnung der durch den politischen Islam motivierten Gewalt zu ergreifen:

- Beendigung aller Versuche, die öffentliche Diskussion über Gewalt und Terror aus Motiven des politischen Islams zu unterdrücken
- Erläuterung der Zusammenhänge zwischen den Lehren des politischen Islams und der in seinem Namen ausgeübten Gewalt
- Beendigung der Irreführung der Bevölkerung durch die faktenwidrige Unterscheidung zwischen dem Islam als vermeintlich friedlicher Religion auf der einen Seite - in der der politische Islam jedoch ein fester Bestandteil ist - und dem angeblich damit nicht in Verbindung stehenden gewalttätigen ›Islamismus‹ auf der anderen Seite
- Umfassende Aufklärung der Bevölkerung über Qualität und Quantität der Bedrohung durch den politischen Islam
- Aufklärung über weltweit tätige djihadistische Bewegungen und Organisationen sowie deren Verbindungen und Einflussnahme auf Deutschland

- Aufklärung über Staaten und Institutionen, die den Dji­had weltweit ideell und finanziell unterstützen und deren Einflussnahme auf Deutschland
  - Verbot der Finanzierung und Steuerung von in Deutschland tätigen Islamverbänden, islamischen Organisationen, Vereinen, Stiftungen und Einrichtungen durch das Ausland
  - Konsequentes Verbot von in Deutschland tätigen Islamverbänden, islamischen Organisationen, Vereinen und Institutionen, die den Dji­had propagieren oder in irgendeiner Form unterstützen
  - Konsequente Schliessung von Moscheen und Koranschulen in Deutschland, in denen der Dji­had propagiert oder in irgendeiner Form unterstützt wird
  - Konsequente Bestrafung und Entlassung von Imamen und Islamgelehrten, die in Deutschland zum Dji­had aufrufen
  - Verbot öffentlicher Propaganda für den Dji­had durch öffentliche Aktionen, Demonstrationen, Meinungsäußerungen im Internet, den sozialen Medien, Fernseh- und Radiosendern
  - Technische Massnahmen gegen den Empfang von Fernseh- und Radiosendern sowie sozialen Medien, die den Dji­had propagieren
  - Stopp der unkontrollierten massenhaften Einreise und Einwanderung von Moslems nach Deutschland; Entzug der staatsbürgerlichen Rechte für Moslems, die den Dji­had propagieren
  - Konsequente Rückführung aus dem Ausland stammender Dji­hadisten in ihre Herkunftsländer
- . . . Die ›BPE‹ wird auch im Jahr 2020 den Druck weiter erhöhen, damit die regierenden Politiker in Deutschland das Problem endlich anpacken: Zum Erhalt von Freiheit, Demokratie und Sicherheit.

## Islamischer Terror zerstört das zivilisatorische Europa

»Gelsenkirchen, Metz, Paris Villejuif, London, Den Haag, Paris, Limburg, Berlin: Die stetig wachsende Zahl islamischer Terroranschläge im Herzen Europas, schreibt Stefan Schubert, bilden den letzten Warnruf zur Beendigung der unkontrollierten Zuwanderung aus muslimischen Herkunftstaaten und dem aggressiv eingeforderten Machtanspruch des Islams auf Europa.

Der 7. Januar, der 5. Jahrestag des Terroranschlags auf das Satiremagazin ›Charlie Hebdo‹, stellt ein weiteres eindringliches Fanal dar.

Sollten insbesondere Deutschland und Frankreich diesen Verwerfungen nicht konsequent entgegensteuern, wird das freiheitlich-westliche Europa untergehen. Die herrschenden Eliten in Berlin, Paris und Brüssel werden sich bald nicht mehr damit herausreden können, von dem Ausmass der Islamisierung überrascht worden zu sein. Dabei handelt es sich bei der aktuellen islamischen Terrorwelle und der brutalen Gewalt durch muslimische Migrantenbanden nur um den sichtbarsten Teil der gewalttätigen Okkupierung des öffentlichen Raumes. Seit der Frauenjagd durch ca. 1500 meist nordafrikanische Täter auf der Kölner Domplatte, in Hilferufweite des WDR-Gebäudes – letzterer hatte tagelang versucht, den Kölner Sex-Mob zu verheimlichen – ist das freiheitliche Leben in Deutschland abgestorben.

Im Angesicht von Mädchen- und Messermorden, Vergewaltigungen – und neuerdings Gruppenvergewaltigungen – vermeiden Einheimische gerade nach Einbruch der Dunkelheit, ihre Freizeit an öffentlichen Orten zu verbringen. Die No-go-Areas breiten sich aus, was zudem zu einem landesweiten Diskothekensterben führt. Die junge Generation bleibt immer öfter zu Hause und trifft sich in der eigenen sicheren Wohnung.

Über diese Hintergründe des gesellschaftlichen Wandels breiten die Mainstream-Medien die Selbstzensur der politischen Korrektheit aus, denn für beinahe jegliche oben aufgeführte Gewalttat ist mehrheitlich der gleiche Tätertyp verantwortlich: Der islamisch-sozialisierte Mann. Dabei muss das spätere Opfer nicht einmal von einem »Allahu Akbar« schreienden Messermann gemeuchelt werden, diese Dominanzkriminalität von migrantischen Tätern gegen Deutsche kommt viel alltäglicher daher. So alltäglich wie der Besuch des Augsburger Weihnachtsmarktes, wo der 49-jährige Feuerwehrmann und Familienvater am Nikolaustag grundlos von dem mutmasslichen Haupttäter Halid S. und seiner Bande vor den Augen seiner Frau totgeschlagen wurde.

## Der Islamterror wird zum Alltag – Medien und Politik schweigen

Wie sehr Europas und vor allem Deutschlands Sicherheit auf dem Altar der Multikulti-Ideologen geopfert wurde, verdeutlicht eine kurze Aufzählung:

- In Gelsenkirchen konnte ein 23-jähriger Kommissaranwärter den Terroranschlag durch einen 37-jährigen polizeibekanntem und vorbestraften türkischen Zuwanderer erst mit seiner Pistole stoppen. Als der Zuwanderer die Polizisten »Allahu Akbar« schreiend mit einem Messer attackierte, wurde er erschossen.
- Im hessischen Limburg verübte ein polizeibekannter, abgelehnter syrischer Asylbewerber einen Terroranschlag mit einem geraubten LKW.
- Mit einem Kampfmesser (20 cm Klinge) bewaffnet überwand der Syrer Mohamad M. die Sicher-

heitsabspernung der Synagoge in Berlin-Mitte. Der Syrer rief bei seinem Angriff ›Allahu Akbar‹ und ›Fuck Israel‹.

- Im Kölner Hauptbahnhof griff ein 55-jähriger syrischer, anerkannter Asylbewerber die McDonald's-Filiale im Kölner Hauptbahnhof an, warf einen Molotowcocktail und fügte damit einer 14-Jährigen schwere Verbrennungen zu, die daraufhin am Bein notoperiert werden musste. Daraufhin stürmte der Syrer in die benachbarte Apotheke, wo er zwei Geiseln nahm. In einem mitgeführten Koffer befanden sich eine selbstgebaute Bombe aus mehreren Molotowcocktails, Benzin und Gaskartuschen, die mit Stahlkugeln präpariert waren. Als der Terrorist damit drohte, eine der Geiseln zu verbrennen, stürmte das SEK die Apotheke und schoss den Mann nieder. Eine Jugendliche und zwei Frauen wurden bei dem Terroranschlag verletzt. Der Syrer hatte sich zum Islamischen Staat bekannt.

Die zukünftigen Dimensionen des islamischen Terrors in Deutschland werden durch einen kurzen Blick in das Nachbarland Frankreich deutlich. Dort ist der Krieg der Islamisten gegen die freiheitlich-westlichen Lebensgewohnheiten der Einheimischen bereits weiter fortgeschritten:

- Paris Villejuif, 4. Januar: Ein radikaler Islamist griff mit einem Messer unter ›Allahu Akbar‹-Rufen willkürlich mehrere Passanten in einem Park an; er ermordete einen Mann, der sich schützend vor seine Frau stellte, und verletzte zwei weitere Frauen, bevor er durch die Polizei erschossen wurde. Der Salafist führte in seiner Tasche den Koran mit.

- Metz, 5. Januar: Ein polizeibekannter radikaler Islamist attackierte Polizisten mit einem Messer und wurde niedergeschossen.

- Paris, Oktober 2019: Ein islamischer Terrorist ermordete vier Polizeikollegen mit einem grossen Küchenmesser.

- Paris, 1. Dezember 2018: Che'rif Chekatt schoss mit einer Pistole willkürlich auf Besucher des Strassburger Weihnachtsmarkts und stach dann mit einem Messer auf Passanten ein. Unter ›Allahu-Akbar‹-Kriegsrufen ermordete er fünf Menschen und verletzte 11 weitere zum Teil schwer. Vor dem Terroranschlag hatte der Terrorist dem Islamischen Staat auf einem Video den Treueeid geschworen.

- Paris: Am 7. Januar jährte sich die Terrorattacke auf das Satiremagazin ›Charlie Hebdo‹ zum fünften Mal. Bei diesem wurden siebzehn Menschen durch IS-Terroristen ermordet.

Die Aufzählungen belegen, dass der Terror und die Gewalt der Islamisten jeden treffen können: Weihnachtsmarktbesucher, Silvesterfeiernde, Polizisten, Feuerwehrleute, Jogger im Park; selbst der Besuch einer Fast-Food-Filiale am Kölner Hauptbahnhof mutierte durch islamische Terroristen zu einem Horrorszenario. Niemand ist mehr sicher. Niemand, abgesehen von den politischen

Eliten, die – mit gepanzerten Dienstlimousinen und bewaffnetem Personenschutz ausgestattet – diejenigen Teile des Volkes, die diese suizidale Politik kritisieren, als Populisten und Schlimmeres diffamieren«.

Das Aufzeigen dieser epochalen Fehlentwicklungen, die bereits irreversible Dimension angenommen haben, stellten die Hauptmotivation des Autors zur Veröffentlichung seines Buches ›Sicherheitsrisiko Islam – Kriminalität, Gewalt und Terror: Wie der Islam unser Land bedroht‹ dar.

Öffentlichen Kritikern □des Islams und der dadurch verursachten Lage wehte schon immer ein kalter Wind entgegen. Dies musste der damalige Vize-Chefredakteur der ›Bild am Sonntag‹ und heutige Abgeordnete des EP, Nicolaus Fest, schon 2015 erfahren. Unter Bezugnahme auf die anhaltende Flüchtlingskrise hatte er, wie dies Stefan Schubert festhielt, »den Islam als Integrationshindernis« bezeichnet, was dazu führte, dass ihn Kai Diekmann, der Gesamtherausgeber der ›Bild‹-Gruppe, öffentlich zum Abschuss freigab und Fest dementsprechend von der vereinigten Linksfront auf dem medialen Scheiterhaufen verbrannt wurde. Indessen reichte dies der politisch-publizistischen Elite allerdings noch nicht aus. So wiegelten denn auch ›Medienkritiker‹ wie Stefan Niggemeier Hand in Hand mit einem Verantwortlichen des grünen Pädophilen-Skandals, Volker Beck, die Öffentlichkeit auf, bis Fest seinen Job verlor, und das allein wegen eines kleinen Kommentars, der mittlerweile inhaltlich von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird.

Die höchst umstrittenen Koranverteilungen der salafistischen Aktion ›Lies!‹, so Schubert ferner, benötigten für jeden Infostand eine kommunale Erlaubnis, um inmitten von stark frequentierten Fußgängerzonen aktiv zu werden. Indessen setzte auch nicht ein SPD-Oberbürgermeister hier ein Signal, indem er einfach gesagt hätte: Nein! Wir wollen keine islamistischen Brandstifter in unseren Städten. So ist es auch nicht verwunderlich, dass das SPD-Kernland Nordrhein-Westfalen zu einem Mekka für Deutschlands Islamisten geworden ist.

Zum vierten Mal, hielt Schubert letzten September fest, jährt sich der 13. September 2015, der Tag an dem Angela Merkel der Bundespolizei untersagte, Deutschlands Grenzen, die Identität des Landes, die Sozialsysteme und ganz im besonderen die Bürger zu schützen. Wie sehr die Sicherheit des Landes durch diese grundgesetzwidrige Politik zerstört wurde, ist an den Daten des Generalbundesanwaltes abzulesen: Demnach leitete dieser seit 2015 insgesamt 2245 islamistische Terrorverfahren ein.

Darüber hinaus, führt Schubert aus, stapeln sich die Anzeigen bei den Staatsanwaltschaften und den Regiokommissariaten. Wann diese abgearbeitet werden können, steht in den Sternen. »Zusätzliche Anzeigen sind von vorgesetzter Stelle nicht erwünscht«, so der leitende Kriminalbeamter. Wenn also Zivilkräfte einen Nordafrikaner dabei beobachten, wie er irgendeinem armen Kerl Heroin verkauft, dann wissen die Ermittler, dass weder die Festnahme des Nafri, noch eine Anzeige wegen Drogenhandel erwünscht sind. »Zuviel Bürokratie, zu viele Papiere sind auszufüllen und das Verfahren wird zudem von der ebenfalls überarbeiteten Staatsanwaltschaft

mit grosser Wahrscheinlichkeit im Schriftverfahren eingestellt. Dazu würde sich der Fall in der Statistik zur Flüchtlingskriminalität niederschlagen, was politisch nicht gewollt ist«.

So verfasste auch die ehemalige Familienministerin der CDU, Kristina Schröder, letzten August einen Artikel für die ›Welt‹ mit der Überschrift: »Natürlich hat die Gewalt von Migranten mit dem Islam zu tun«. In der Einleitung heisst es: »Es ist statistisch erwiesen, dass unter jungen, muslimischen Migranten die Gewaltbereitschaft höher ist als die der einheimischen Bevölkerung. Christentum und Islam sind eben nicht gleich. Wir sollten endlich unsere Scheu ablegen, das als Tatsache anzuerkennen.«

Sicherlich nicht uninteressant in diesem Zusammenhang dürfte der auch von Schubert aufgezeigte Fakt sein, dass zwei Drittel der Türken in Deutschland für eine islamisch-nationalistische Diktatur in der Türkei stimmten:

»Die Analyse dieses Ergebnisses ist aus mehreren Gesichtspunkten sehr besorgniserregend. Zuerst einmal entlarvt dieses katastrophale Ergebnis eine der grössten linken Lebenslügen: Integration! Linke Politik, also das Regierungshandeln von Linke, Grünen, SPD und CDU in Bund und Ländern, ist gescheitert. Trotz Ausgabe von Milliarden an Steuergeldern für sogenannte Integrationsmassnahmen (die häufig nur eine Geldbeschaffungsmassnahme für das linksgrüne Milieu sind), trotz Milliarden-Sozialtransfers an die Deutschtürken, trotz einer grenzenlosen Toleranz und einer falschen Rücksichtnahme, trotz all dieser erheblichen Bemühungen ist die Integration der Türken schon längst endgültig als gescheitert anzusehen. Eine Bevölkerungsgruppe wie die 3 Millionen Türkischstämmigen im Land, die sich mehrheitlich nicht integrieren will, die sich selbst vor allem als Türken sieht, ist sicher nicht integrierbar. Während sie sich selbst in Deutschland bequem eingerichtet hat, stimmt sie an der Wahlurne für eine weitere Islamisierung, bis hin zu osmanischen Grossreich-Fantasien.

Cem Özdemir meinte zu diesem Wahlverhalten: »Die feiernden Erdogan-Anhänger jubelten nicht nur ihrem Alleinherrscher zu, sondern drückten damit zugleich ihre Ablehnung unserer liberalen Demokratie aus«.

Mit Stand vom Juli 2018, der sich kaum geändert haben dürfte, ist ferner einzufügen, dass gemäss den Zahlen des Statistischen Bundesamts, wie sie auch ›Focus‹ publizierte, 48 % der Türken in Deutschland offiziell nicht arbeiten und als ›Nichterwerbspersonen‹ gelten. »Die grosse Mehrheit dieser Inaktiven ist schlichtweg nicht an einem Job interessiert, dafür ist bei ihnen jedoch ein grosser Anteil in der Schwarzarbeit aktiv. Knapp 270 000 Türken kassieren offiziell Hartz IV. Eingebürgerte, jedenfalls auf dem Papier, Doppelpässler und Migrationshintergrund sind bei dieser Statistik natürlich nicht berücksichtigt worden. Bei den türkischen Frauen sind die Zahlen noch desaströser, von ihnen arbeitet nur ein Drittel. Ein Grund dafür ist auch die von ihrem Führer eingeforderte Geburtenrate von 5 Kindern«.

Es ist nicht ersichtlich, dass die Zusammenstellung obiger Fakten die Parteien beschäftigen oder gar aufschrecken würde. Wie sollte solches auch der Fall sein, hat doch Horst Seehofer die 4.



Deutsche Islamkonferenz am 11. November 2019 mit der Ankündigung eröffnet, »dass der Islam in Deutschland zu fördern sei; in der Gesellschaft verwurzelt, teile er die Werte des Grundgesetzes und achte unser Land«.

»Es ist in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel«, so der AfD-Abgeordnete Gottfried Curio, »dass sich ein Volk von einer kompromisslosen Eroberungsideologie freiwillig unterwandern und zersetzen lässt. Dazu auch noch aktiv Beihilfe zum eigenen Untergang leistet, indem es diese brandgefährliche Lehre an öffentlichen Schulen verbreiten lässt. Und all jene, die völlig berechtigt Kritik an dieser brutalen Unterwerfungs-Ideologie leisten, diffamiert und kriminalisiert«.

Was soll man hier noch hinzufügen . . .

d.auerbach@gmx.ch

info@horst-koch.de